

Für ein Argentinien ohne Hunger

Kleinbauernverbände hoffen bei agrarökologischer Wende auf mehr Unterstützung durch die neue Regierung

Mit dem Plan »Argentinien ohne Hunger« will die neue Regierung das Recht auf Ernährung sichern. Die Landarbeiterunion UTT sieht darin eine Chance zur Stärkung des agrarökologischen Wandels.

Von Martin Ling, Buenos Aires

»Wir leben in einer Gesellschaft, die behauptet, 400 Millionen Menschen ernähren zu können, aber den Hunger von 15 Millionen Armen nicht lösen kann.« Der Satz stammt von Argentiniens künftigem Präsidenten Alberto Fernández und er hat den Anspruch, das Problem zu lösen. Und zwar nach seinem Amtsantritt am 10. Dezember – dem Tag der Menschenrechte – mit dem Plan »Argentina sin hambre« (Argentinien ohne Hunger), dessen Kernpunkte unter anderem die »Verbesserung der Nahrung und der Ernährung« und die »Senkung der Lebensmittelpreise« lauten. Zudem soll Beschäftigung geschaffen und ein nachhaltiges Ernährungssystem von der Produktion bis zum Verbrauch eingeführt werden.

Der Plan »Argentinien ohne Hunger« ist noch Zukunftsmusik, an einer agrarökologischen Wende arbeitet bereits die »Unión de Trabajadores de la Tierra« (UTT), die 16 000 Kleinbauernfamilien in Argentinien vertritt. Darunter finden sich Gemüsebauern und -bäuerinnen ebenso wie Blumenzüchter*innen, aber auch welche, die ihr Einkommen mit Schweinezucht, Milchvieh- und Hühnerhaltung erzielen. Einer der in der UTT organisierten Kleinbauern ist Bernardo Castillo, der einst aus Bolivien nach Argentinien eingewandert ist. Inzwischen ist er stolzer Besitzer von ein paar Hektar Land in El Pato, einer ländlichen Gegend unweit der Hauptstadt Buenos Aires in der gleichnamigen Provinz. Es ist ein ländliches Idyll, das er der Delegation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die mit der UTT kooperiert, präsentiert. Gewächshaus reiht sich an Gewächshaus, die Vielfalt darin ist groß: Mangold, Karotte, Zichorie, Kartoffel, Erdbeere, Artischocke, aber auch Blumen. Drum herum frei laufende Hunde und Katzen, die Hühner werden Freiland in einem Gehege gehalten.

Selbst Land zu besitzen wie Castillo ist ein großer Vorteil. Das erspart ihm die Pacht, die viele Kleinbauern- und -bäuerinnen in Existenznöte treibt, denn die Pachtraten werden regelmäßig angehoben. Hinzu kommt, dass die von den Zwischenhändlern gezahlten Preise teils unter den Produktionskosten liegen. Bernardo Castillo hat solche Sorgen nicht. Er weiß vorab, was er von der UTT für seine Produkte erhält. Festgelegt werden die Preise in den sogenannten Asambleas, Versammlungen, auf denen von der lokalen bis zur nationalen Ebene alle wesentlichen Fragen diskutiert und entschieden werden. Dabei wird vereinbart, wie und was zu ernten ist und zu welchem Preis die Güter verkauft werden sollen. Die Preise werden jeweils für sechs Monate festgesetzt, damit sowohl Erzeuger*innen als auch Verbraucher*innen vor Preisschwankungen am Markt verschont bleiben. Hinzu kommen die Vertriebsstrukturen. Da die UTT die Vermarktung übernimmt, ist der Absatz gesichert. Auch bei den Absatzkanälen wird auf Vielfalt geachtet: Es gibt Gemüseboxen zu einem ebenfalls auf sechs Monate festgelegten Preis für Endverbraucher*innen, verkauft wird aber auch in eigenen Läden der Direktvermarktung in den Städten und auf Märkten. Ohne die Profitsprüche des Zwischenhandels und der Supermärkte bedienen zu müssen, bleibt die Marge groß genug, um sowohl den Erzeuger*innen als auch den Verbraucher*innen faire Preise bieten zu können.

Vor fünf Jahren wurde in El Pato von konventionellem auf agrarökologischen Anbau umgestellt. »Wir arbeiten mit der Biodiversität und auf agroökologische Weise. Das ist der einzige Weg zu einer sicheren Ernte, weil die Vielfalt die Ernte sichert und man nicht von einem einzigen Produkt abhängt«, schildert der schnaubbärtige Castillo die Beweggründe. »Es ist das Vertrauen in die Natur, das gut für mich ist: Ich pflanze, was die Natur mir geben wird.



Bernardo Castillo im agrarökologischen Kiosk: Hier gibt es unter anderem Humus oder Brennnesselsud als natürliches Düngemittel.

Foto: privat

Und das schafft Hoffnung für die Zukunft«, zeigt sich Castillo optimistisch.

Die Voraussetzungen für eine agrarökologische Produktionsweise sind gegeben. Das Land ist fruchtbar und statt konventioneller Vorprodukte wird auf biologische Inputs gesetzt. Die gibt es käuflich zu erwerben im sogenannten Kiosk. Dort werden die selbst produzierten biologischen Inputs aufbewahrt: zum Beispiel Humus oder Brennnesselsud als natürliches Düngemittel.

Ein wichtiges Motiv für die agrarökologische Produktion sind die besseren Verdienstmöglichkeiten, denn die Kosten für die eingesetzten Inputs sind weit geringer, als wenn man auf konventionelles Saatgut und Dünger angewiesen wäre. Und das Wissen wird nach der sogenannten kubanischen Methode gewissermaßen von Kleinbauer zu Kleinbauer weitergegeben. Die UTT hat argentinienweit ein Netz geschaffen, das Fortbildungskurse anbietet. Dort wird gelehrt, wie man ausgelaugte Böden kuriert und wie agrarökologische Produktion funktioniert.

Dass Produkte aus agrarökologischer Produktion schmecken, wird beim Mittagessen demonstriert. Empanadas (gefüllte Teigtaschen) und Tamale (gefüllte Maisblätter) nebst frischer, selbst gemachter Zit-

ronenlimonade werden kredenzt, der die Limonade aus den Flaschen geschmacklich nicht das Wasser reichen kann. Und nach dem Essen demonstrieren in der UTT organisierte Frauen, wie sie Naturheilmittel herstellen. »Das Land gibt dir alles, um zu heilen«, erzählt Zulma. Der Verkauf von Tinkturen und Naturheilmitteln ist ein willkommener Nebenverdienst. Dass es auch in der UTT Nachholbedarf in Sachen Geschlechtergerechtigkeit gibt, wird nicht verschwiegen. Es wird darüber gesprochen und es wurde beschlossen, ein Gender-Sekretariat einzurichten.

In der agrarökologischen Produktion sind die Frauen selbstverständlich genauso vertreten wie in den Asambleas, der Vorsitzende der UTT ist freilich ein Mann: Nahuel Levaggi. Er moniert, dass in einem Land wie Argentinien, in dem 90 Prozent der Menschen in den Städten leben, sich die Gesellschaft zwar um ihren Konsum kümmern würde, aber nicht um die Frage, wo und von wem und unter welchen Bedingungen ihre Lebensmittel produziert würden. Am Anfang der erst vor zehn Jahren gegründeten und seitdem rapide an Mitgliedern wachsenden UTT standen die Forderungen an den Staat, dass jener die Lebensqualität der Kleinbauernfamilien und den Zugang zu Land für diejenigen, die es

bearbeiten, verbessert. Die Hunderttausenden kleinen Produzent*innen bauen zwar mehr als 60 Prozent der Lebensmittel an, die im Land verzehrt werden. Das aber auf gerade einmal 13 Prozent der Ackerfläche Argentinien. Auf rund 50 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche wird Soja für den Export angebaut. Und die Agroindustrie wurde vom Staat in der Ära des neoliberalen Präsidenten Mauricio Macri (2015-2019) mehr denn je gepöppelt. »Wir werfen der Regierung vor, 145 Millionen Dollar allein 2018 an die Großproduzenten zu überweisen, die Futtermittel für chinesische Schweine anbauen«, sagt Levaggi. »Für den Rest gibt es keinen Peso. Es gibt Gelder für die Großen, die Kleinen gehen leer aus.«

Auf diese Missstände hat die UTT in der seit 2015 währenden Ära Macri immer wieder mit »Verdurazos« aufmerksam gemacht. Bei den sogenannten Gemüseaufständen werden tonnenweise Gemüse und Obst an Bedürftige verschenkt, um auf die schwierige Lage der kleinen Lebensmittelproduzent*innen hinzuweisen, vor allem die Landfrage. An Bedürftigen fehlte es nach dem sogenannten Tarifazo, der Freigabe der Strom, Wasser und Gaspreise im Jahre 2016 weniger denn je, die Preise stiegen teilweise bis zu 1000 Prozent. Vor al-

lem Rentner*innen und Arbeitslosen standen wartend in langen Schlangen an, um hauptsächlich Salatköpfe, Tomaten, Lauch und Auberginen zu ergattern.

Für die Forderung nach agrarökologischem Wandel erhält die UTT nicht nur Unterstützung von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die just vor dem Amtsantritt von Mauricio Macri im Dezember 2015 ihre Geschäfte aufnahm, sondern auch von der Sonderberichterstatterin für das Menschenrecht auf Nahrung der Vereinten Nationen (UN), Hilal Elver, die Argentinien im September 2018 besuchte.

Elver erinnerte Argentinien an ihre menschenrechtliche Verpflichtung, in Zeiten der Wirtschaftskrise prioritär Ressourcen zur Gewährleistung des Rechts auf Nahrung bereitzustellen und forderte sie auf, hierzu die bäuerliche Familienlandwirtschaft und die Agrarökologie stärker zu unterstützen, den Landzugang indigener Völker zu schützen und das Prinzip der Ernährungssouveränität gesetzlich zu verankern. Allein die Agrarökologie sei eine zukunftsfähige Alternative und müsse vom Staat gefördert werden, um die Landwirtschaft nachhaltig zu diversifizieren, die Naturressourcen zu schützen und sich an den Klimawandel anzupassen. Staatliche Schulspeisungsprogramme sollten die kleinbäuerliche Produktion aufkaufen. Zumindest letztere Forderung ist Bestandteil des Plans »Argentinien ohne Hunger« von Alberto Fernández. Dass er sich an die Agroindustrie, Argentinien's wichtigsten Devisenbringer, heranwagt, ist angesichts der klammen Haushaltslage aber nicht zu erwarten. Noch wichtiger als der Kauf eines Teils ihrer Produktion wären für die UTT aber vergünstigte Kredite und eine Ausweitung des von der Regierung geförderten Wohnungsprogramms Procrear auf ländliche Gebiete, damit Landwirte besseren Zugang zu Land erhalten. Eine entsprechende Gesetzesvorlage hat die UTT ausgearbeitet und das Parlament seit 2018 vorliegen. Vielleicht macht sie Fernández ja zur Chefsache.

Die Recherche unseres Autors wurde unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

São Paulo war nur der Anfang

Rosa-Luxemburg-Stiftung expandiert in Lateinamerika

Es war die Zeit des Linksruks in Südamerika. Nach der Wahl von Hugo Chávez im Dezember 1998 zum venezolanischen Präsidenten fielen die rechten Regierungen wie Dominosteine: In Brasilien übernahm 2003 der Linkspolitiker Luiz Inácio »Lula« da Silva, in Argentinien kurz darauf der Linkspersonist Néstor Kirchner, 2005 in Uruguay Tabaré Vázquez von der Breiten Front, 2006 in Bolivien Evo Morales, in Chile die sozialdemokratische Sozialistin Michelle Bachelet, 2007 in Ecuador Rafael Correa und 2008 Fernando Lugo in Paraguay. Nur in Kolumbien und Peru kamen keine linken Kräfte an die Regierung.

Es waren nicht selten soziale Bewegungen, die den Linksruck in der Politik befördert haben, die indigenen Bewegungen in Bolivien und Ecuador, die Landlosenbewegung MST in Brasilien, die Beschäftigungslosenbewegung Piqueteros in Argentinien sowie Gewerkschaften. Ein Kristallisationspunkt war das Weltsozialforum (WSF), das erstmals 2001 in Porto Alegre stattfand. Bei den Überlegungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, was wohl der beste Standort für das erste Büro in Lateinamerika wäre, spielte das WSF eine wichtige Rolle – die Wahl fiel schließlich auf die brasilianische Megametropole São Paulo, wo 2003 die Aktivitäten gestartet wurden.

In 16 Jahren bauten die Regionalbüros der RLS Beziehungen zu sozialen Bewegungen, Parteien und Organisationen, zu Wissenschaftler*innen und progressiven Kräften, die für die Stärkung der Demokratie, der Menschenrechte, sozialer Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit kämpfen, auf und aus. Auf São Paulo folgten Mexiko (2007), Quito (2009) und schließlich 2015 Buenos Aires als Verbindungsbüro von São Paulo, das von Elisangela Soldatelli aufgebaut wurde.

Seit 2019 gibt es in der Region Brasilien/Cono Sur zwei voneinander unabhängige Büros – das in São Paulo, das weiterhin mit Partnern auch in Paraguay zusammenarbeitet, das andere in Argentinien, von wo aus auch die Arbeit in Uruguay und Chile koordiniert wird. Schon vor der Eröffnungsfeier am 30. Oktober – drei Tage nach der Abwahl des neoliberalen Mauricio Macri – wurde intensiv gearbeitet. Denn exakt bei seiner Amtsübernahme wurde 2015 das Verbindungsbüro eröffnet und die argentinische Linke bei der Neuformierung begleitet. Künftig will das Büro die Kontakte zu den progressiven Peronist*innen und zu anderen Linkskräften ausweiten.

»Klimagerechtigkeit oder sozialökologische Transformation werden hier anders verstanden, wir wollen die Diskurse in Europa und in Südamerika miteinander verschränken«, sagt Gerhard Dilger, Büroleiter in Buenos Aires. »2020 wird die kritische Auseinandersetzung mit dem sogenannten EU-Mercosur-Freihandelsabkommen ganz wichtig.« Darauf haben sich die EU und die Mercosur-Staaten im Juni 2019 im Grundsatz geeinigt. Doch die Endfassung und die Ratifizierung stehen noch aus. Argentinien's neuer Präsident Alberto Fernández hat bereits Widerstand angekündigt. mli



Direktvermarktung der UTT in Buenos Aires, Anbau unter anderem in einem Gewächshaus in El Pato.



Fotos: nd/Martin Ling